

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Wochen-Abonnement
werden bei allen deutschen Postanstalten
auf den 2. und 4. Monat, und auf den
3. Monat bei den Postämtern im
Inlande, Baden und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 1. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
betr. Veranlagungen pr. Zeitzelle 10 Pf.,
betr. Zeitungsanzeigen und Texte pro
Zeitzelle 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
New-York: Soc. demokr. Genossen-
schaftsbücherei, 164 Kildridge Str.
Philadelphia: H. Deß, 630 North
3rd Street.
J. Wolf, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Berg, 235 Wash-
ington Str.
Chicago: A. Bamberger, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: J. G. G. 418 O'Farrell Str.
London W.: S. Katz, 4 New Br.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 83. Mittwoch, 18. Juli. 1877.

Die Rothten wider die Blauen. III.

Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt uns nun mit möglichst unschuldiger Miene Folgendes:
„Daß wir nicht für Herrn Thiers schwärmen, weiß man zu gut, aber viel lieber ist uns dieser Mann doch als der Soldat Mac Mahon. Wenn Thiers und seine Genossen vom linken Centrum oft geirrt und schwere Fehler begangen haben, so lösen ihre Absichten doch ein ganz anderes Vertrauen ein, als der bonapartistische Brigantaggio. Den Sozialisten darf man es nicht verübeln, wenn sie Thiers großen, welcher den französischen Städten nach dem Krieg ihre Gemeinde-rechte nicht zugestehen und die Nationalgarde entlassen wollte, nur sollten sie sich vom Hasse nicht den Verstand über-rumpeln lassen. Wird denn die Amnestie eher erklärt werden, wenn die Ordnungsmänner am Ruder bleiben? Dürfen wir nicht von einem Sieg der Republikaner wenigstens eine bessere Behandlung der Deportirten, reichlichere Vergnadigungen und schließlich auch die Amnestie erwarten?“
Also — Thiers und das linke Centrum haben sich oft geirrt, sie haben schwere Fehler begangen, aber ihre Absichten lösen Vertrauen ein. — Uns nicht. Was haben sie denn jetzt für Absichten, jene Herren? Sie wollen die „Republik“ erhalten, die republikanische Staatsform. Beim besten Willen könnte doch die „Frankfurter Zeitung“ keine andere Antwort geben — und wenn die „Republikaner“ bei ihrer löblichen Absicht Herrn Thiers nicht zum Präsidenten erhalten können, so begnügen sie sich bis zum Jahre 1880 auch gern und freudig mit dem viel-geschmähten Mac Mahon.

Verchiedene Deputirte des linken Centrums haben ja, wie die „Kölnische Zeitung“ kürzlich meldete, ausdrückliche erklärt, daß sie Mac Mahon, den „verehrten“ Präsidenten, gar nicht stützen wollten. Ja das linke Centrum will diese Republik, die con-servative Republik, welche ja auch das Ideal des Herrn Thiers ist, erhalten, diese conservative Republik, die Tod-feindin der Commune, in welcher nimmermehr eine Amnestie zu erwarten steht. Wir behaupten, daß die Amnestie im Kaiserreich eher erfolgen würde, weil das Kaiserreich sich „populär“ machen möchte, um sich nur für einige Zeit halten zu können.
Ja! wirklich nein sind die Worte der „Frankfurter Zeitung“ in Bezug auf die Amnestie. Hat Thiers im Senat, hat Jules Ferry, hat das linke Centrum, hat die Linke, haben sie denn dem Amnestieantrag der Intransigenten vor circa Jahres-frist beigegeben?

Nein!
Und in diesem „Nein!“ liegt die Verurtheilung der In-transigenten. Was hilft uns die Schönrederei der Herren Viktor Hugo und Louis Blanc gerade in dieser Sache, auf welche die „Frankfurter Zeitung“ am Schluß ihres Artikels hinweist, wenn diese Herren das Volk auffordern, Männer zu wählen, welche gegen die Amnestie gestimmt haben?
„Den Sozialisten kann man es nicht verübeln, wenn sie Thiers großen, weil er den Städten das Gemeinderichtsrecht nicht zugestehen und die Nationalgarde entlassen wollte, nur sollten sie sich vom Wroffe den Verstand nicht über-rumpeln lassen“ — aber, edle Frankfurterin, großen wir uns den angeführten That-sachen dem Herrn Thiers? Warum wird denn verschwiegen, daß Thiers der eigentliche Denker der Commune, daß er der unerbittliche „Richter“ war, welcher Tausende und Abertausende von braven Arbeitern der „trodenen Guillotine“ überant-wortete?

Warum verschweigt das die „Frankfurter Zeitung“? Dieses Verschweigen ist nicht redlich!

Und dieser Denker, dieser feige Mörder ist der „Frankfurter Zeitung“ viel lieber, als der Soldat Mac Mahon.
Diese Worte sind höchst bezeichnend. Der „Soldat“ Mac Mahon hat niemals Freiheitsliebe geheuchelt, der „Soldat“ Mac Mahon hat die Communards niederschlagen lassen auf Befehl der Versailler Banditen, an deren Spitze Thiers stand. Der „Soldat“ gehorchte — Thiers befahl.
Wer ist nun der Hauptschuldige?
Uns ist, mit Verlaub der „Frankfurter Zeitung“, der „Sol-dat“ Mac Mahon „viel weniger unlieb“, als der feige Freiheitsverräter Thiers, der, wenn er die Macht hätte, auch im Stande wäre, die „Republik“ an die Orleans zu „ver-rathen“, während der „Soldat“ Mac Mahon sie schlechtweg an die Bonapartisten ausliefert.
Wir fragen in unserem Artikel bei der „Frankfurter Zei-tung“ an, ob sie auch jemals mit den Nationalliberalen zusam-mengehen werde. Darauf erhielten wir insofern eine besahende Antwort, wenn die Nationalliberalen eine wahre Oppositions-partei würden, wie jetzt in Frankreich das linke Centrum.
Wir bedauern unsere Frage einer solchen Antwort gegenüber. Das linke Centrum macht gegenwärtig in Frankreich Opposition gegen die Regierung, weil es selbst an's Ruder will; — ist es am Ruder, so wird es ebenso reaktionär auftreten, als die gegenwärtige Regierung.
Ebenso steht es mit den Nationalliberalen in Deutschland, die sich natürlich nicht zu derartigen Herrschaftsgelüsten empor-schwingen können. Die „Frankfurter Zeitung“ würde einen Kampf der „Nationalliberalen“ gegen das jetzige Ministerium für ein Ministerium Bennigsen, Miquel, Wehrens, von Treitschke, Lasker unterstützen. Ein schönes Eingeständniß!
Wir nicht, „wir würden keine Hand rühren!“
Doch wir sind allzu loyal der „Frankfurter Zeitung“ gegen-über. Wir bedauerten unsere Frage solcher Antwort gegenüber, wir bedauern sie aber auch noch deshalb, weil die Partei der „Frankfurter Zeitung“ nichts zu verlieren hat, wenn sie sich den

Nationalliberalen überantwortet, da sie doch auf den Aussterbeetat vom deutschen Volke geschickt worden ist.

Daß wir die sozialistische Republik durch Aufklärung, durch sozialistische Aufklärung anstreben, gefällt der „Frankfurter Zeitung“ auch nicht; sie weiß, daß es dann mit der Lohnsklave-ri ein Ende hat, sie weiß, daß dann die Bankiers und Kauf-leute verschwinden; deshalb ist von ihrem Standpunkte aus die Entrüstung ganz gerecht, wenn sie ausruft:
„Diese Worte sind bestimmt, kräftig, furchtlos — — — Marat hätte nicht entschiedener schreiben können, wenn auch Marat gewiß anders geschrieben hätte.“

Da wir doch noch für die nächste Nummer einen Schluß-artikel schreiben müssen, so wollen wir heute der „Frankfurter Zeitung“ nur anvertrauen, daß wir auch der Meinung sind, daß Marat anders geschrieben haben würde; aber wie würde er denn wohl geschrieben haben?
Citiren wir deshalb aus Marat's Reden:
„Die Revolution hat sich gegen das Volk gekehrt und ist für dasselbe zum größten Unglück ausgeschlagen. — — — Die eigen-nen Mandatäre mißhandeln uns im Namen der Gerechtigkeit, sie schließen uns in Fesseln im Namen der Freiheit. Nur die Decorationen sind auf dem Theater des Staats verändert, die Spieler aber, die Masken, die Intriguen, die Triebfedern, die das Ganze in Bewegung setzen, sind dieselben geblieben und das Spiel der politischen Maschine wird so lange dasselbe sein, als das Volk nicht hellsehend genug ist, um die Schurken, die es täuschen, zu bestrafen.“

Weiter sagte Marat:
„Kurz — wollten wir auch den Fall sehen, daß alle Men-schen die Freiheit kennen und lieben, so ist doch der größte Theil gezwungen, auf sie Verzicht zu leisten, um Brod zu haben — ehe sie daran denken, frei zu sein, müssen sie daran denken, zu leben.“
Nunmehr kommt der trefflichste Ausspruch:
„Wenn die unterrichteten, wohlhabenden und intriguanten Angehörigen des dritten Standes (die Bourgeois-Republikaner in Frankreich!) gegen den Tyrannen Partei genommen haben, so geschah es nur, um sich gegen das Volk zu lehnen, nach-dem sie sich seines Vertrauens bemächtigt und seiner Kräfte bedient hatten, um sich an Stelle der privile-gierten Stände zu setzen, die sie gestürzt haben.“

So redete Marat im Jahre 1792. Kommt es dem Leser nicht so vor, als wenn er den gegenwärtigen Bourgeoisrepubli-kanern in Frankreich und ihren Helfershelfern, wo sie sich auch befinden mögen, den Text läse, als wenn er uns mit seiner ge-waltigen Stimme sekundirte?

Wir fragen nun auch unsere Frankfurter Freundin, ob es nicht so ist und ob sie gut gethan hat, den Geist Marat's in der schwebenden Frage anzurufen?

Die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege. II.

Zunächst einige Bemerkungen zu dem Artikel Reclam's und über das St. Galler Gesetz.
Nur sehr bedingt können wir dem Satz beistimmen: „Es ist das Vorrecht kleiner Gemeinwesen, daß sie leichter beweglich sein können im Guten wie im Schlimmen, und daß sie daher, einmal zur Thätigkeit angeregt, in weit kürzerer Zeit einen durch-greifenden Erfolg erringen können.“

Daß kleine Gemeinwesen in gewisser Hinsicht „beweglicher“ sind als große, daß sich unter ein paar tausend Menschen rascher ein allgemeiner Meinungsumschwung vollziehen kann, als unter 20, 40, 60 Millionen, das ist ja unleugbar richtig. Wenn aber mit obigem Satz ausgedrückt sein soll, kleine Gemeinwesen seien auf gesetzgeberischem Gebiet günstiger gestellt, seien reform-fähiger als große, so ist das entschieden falsch. Ein wohl-geordnetes, die freie Bewegung der Individuen und Gruppen (Gemeinden, Kreise) nicht hemmendes, sondern im Gegentheil, wie das Aufgabe des Staates ist, sie förderndes großes Gemeinwesen, wird mindestens ebenso „beweglich“ sein wie ein kleines Gemeinwesen und bietet außerdem für die Tüchtigkeit der Reformen Garantie, welche ein kleines Gemeinwesen nicht bieten kann. Nehmen wir gleich den vorliegenden Fall. Sehen wir voraus: Deutschland ist — statt einerseits ein geographischer Begriff, andererseits eine preussische Kaserne zu sein — ein wirklich freier Volksstaat mit nahezu 60 Millionen Einwohnern; die Presse ist frei, es existirt kein Reptilienfonds, der das Land zum Niesfeld für korrupten und korumpirenden Cloakstoff macht; das Vereinsrecht trägt keinen Anebel, die Gesetzgebung liegt direkt und ausschließlich in der Hand des Volkes, welches das Recht hat, Gesetze auch direkt vorzuschlagen — wer und was hindert da, daß ein Bürger, daß mehrere Bürger die Frage der öffentlichen Gesundheitspflege auf die Tagesordnung bringen, wie das in St. Gallen geschehen ist, einen Gesetzesvorschlag aus-arbeiten, ihn der öffentlichen Berathung überliefern, und die An-nahme des Entwurfs — natürlich mit den im Laufe der Dis-kussion als notwendig erkannten Abänderungen und Verbesse-rungen — erwirken und zwar in ebenso kurzer Zeit, wie dies in St. Gallen geschehen? Niemand und Nichts.
Also einen Nachtheil würde die Größe des Gemeinwesens nicht bieten.
Wohl aber zwei wesentliche Vortheile.
Einmal, daß die wohlthätigen Wirkungen des Gesetzes einer weit größeren Menge von Menschen zu Gute kommen — Mil-lionen statt Tausenden. Das St. Galler Gesetz ist unzweifel-haft gut, wird, wenn nachdrücklich und vernünftig durchgeführt,

unzweifelhaft der Bevölkerung des Cantons zum Segen gereichen — aber der ganze Canton hat bloß die Bevölkerung einer mittleren deutschen Stadt und für die übrige Menschheit existirt das Gesetz nicht, selbst nicht für die übrigen Cantone der Schweiz.

Ein anderer, kaum weniger hoch anzuschlagender Vortheil liegt darin, daß ein großes Gemeinwesen als solches auch eine entsprechend größere Summe von Intelligenz und Wissen aufzu-weisen hat. Je größer aber die Summe der Intelligenz und des Wissens, die sich bei der Gesetzgebung bethätigt, desto besser die Gesetze — das bedarf keines weiteren Worts.

Daß sich die kleine Schweiz das ruhmvolle Verdienst hat erwerben können, der Welt das beste Fabrikgesetz und das beste Gesundheitsgesetz gegeben zu haben, ist ihr nicht durch ihre Kleinheit möglich geworden, sondern durch ihre relativ gute politische Organisation und durch die mangelhafte politische Organisation der großen „Culturstaaten“, in denen das Interesse der herrschenden Klassen zum Staatszweck geworden, das Interesse der Gesamtheit in den Hintergrund getreten ist. In der Schweiz ist das Interesse der Gesamtheit zwar noch lange nicht ausschließlicher Staatszweck, und übt die ökonomisch herrschende Klasse nach allen Richtungen hin auch im Staats-wesen gemeinschaftlichen Einfluß aus — allein trotzdem muß jeder Unbefangene zugeben, daß die Freiheit des Individuums und damit das Gemeininteresse in der Schweiz ungleich besser gewahrt sind als in irgend einem der großen europäischen „Cultur-staaten“. Man hat sich vielfach — durch eine oberflächliche Be-trachtung irrefleitet — in den Trugschluß verrannt, daß poli-tische Freiheit (aber nicht Scheinfreiheit!) ohne ökonomische Un-abhängigkeit ganz werthlos sei. Wahr ist, daß volle politische Freiheit ohne volle ökonomische Unabhängigkeit nicht gedacht werden kann; und mit Recht erblickt die Sozialdemokratie in der ökonomischen Abhängigkeit die Ursache der Knechtschaft in jeder Form, aber gerade weil ökonomische und politische Zustände untrennbar sind, in Wechselwirkung zu einander stehen, wird da, wo politische Freiheit herrscht, der ökonomischen Ausbeutung und den aus ihr entspringenden sozialen Schäden viel eher ein Damm gezogen werden als in politisch unfreien Staaten. Das klassischste Exempel hierfür ist England. In keinem Lande der Welt hat der Kapitalismus sich so kolossal entwickelt, ist er zu solcher öko-nomischen Macht gelangt, und doch ist gerade England der Staat, welcher zuerst dem ungezügeltten Kapitalismus, im Gestalt der Fabrikgesetze einen Kapzaum angelegt hat, und ungeachtet des viel intensiveren Drucks des Kapitals haben die englischen Industriearbeiter niemals in jene hilflose Abhängigkeit von dem Kapital hinabgedrängt werden können, die wir z. B. in Deutschland finden, und der die sozialdemokratische Bewegung ein Ende zu machen bemüht ist. In England herrscht poli-tische Freiheit und in Deutschland nicht. Das ist der Unterschied. Der englische Arbeiter in den Industriezentren, die stets auch Intelligenzcentren sind, hatte immer die Mittel in der Hand, gegen den Druck zu reagiren, sich gegen ihn zu organi-siren; und die Früchte der Kapitalwirtschaft konnten im Lande der Oeffentlichkeit nicht dem Vichte der Oeffentlichkeit entzogen werden. Die deutschen Arbeiter haben noch heute keine politische Freiheit, und das Coalitionsrecht erst seit kurzer Zeit; und das bürokratisch-polizeiliche, die freie Besprechung hemmende, Re-gierungssystem in Deutschland hat sich bis auf den heutigen Tag noch nicht dazu verstehen können, eine — was den Namen ver-dient — Arbeitsstatistik zu schaffen. Nur so ist es zu er-klären, daß sich Zustände herausbilden konnten, welche die schlimmsten Auswüchse der „englischen Zustände“ in Schatten stellen. Das Licht ist eine gute Arznei. Trotz alledem und alledem giebt es eine „öffentliche Meinung“ (nicht die der Lügenpresse), und es giebt Dinge, welche die „öffentliche Meinung“ heutzu-tage nicht mehr duldet. Aber „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“, und unser Polizeistaat hat dafür gesorgt, daß die ehrliche „öffentliche Meinung“ von der Lage der Arbeiter nichts erfahren hat.

„Doch jetzt nur nach Amerika“, ruft man uns zu, „seht nur nach dem Lande der Freiheit, der Oeffentlichkeit par ex-cel-lence, und wie entsetzlich sind dort die Arbeiter gestellt!“

Gemach! Die gegenwärtige Krisis in den Vereinigten Staa-ten ist eine notwendige Folge der modernen, in sämtlichen Culturländern herrschenden Produktionsweise, und hat mit der Staatsform absolut nichts zu thun. Sollte jedoch das durch die Krisis in den Vereinigten Staaten herbeigeführte Glend unter den Arbeiterklassen so dauernd werden, daß ohne Eingreifen des Staats keine Besserung zu erwarten ist, dann würde unserer festen Ueberzeugung nach der Staat in der erforderlichen Weise auf ökonomischem Gebiet eingreifen — oder die amerikanischen Arbeiter müßten Feiglinge und Dummköpfe sein, welche die ihnen zu Gebot stehenden Waffen nicht zu benutzen wagen. Ein chronischer Glendzustand, wie wir ihn in Schottland und im sächsischen Erzgebirge haben, wäre in den Vereinigten Staaten einfach unmöglich — das werden selbst diejenigen unserer amerikanischen Genossen uns zugeben, die aus Enttäus-chung über die dortigen Verhältnisse am Meisten zur Schwarz-seherei geneigt sind.

Und nun zurück zu dem Reclam'schen Artikel. Nach dem Gesagten ist es klar, daß wir bei Organisation der öffentlichen

*) Wir lagen Industrie-Arbeiter, nicht Arbeiter überhaupt; die englischen Ackerbauarbeiter haben in Folge der geringeren politischen Bildung auf dem Lande bis Ende der sechziger Jahre ihre politischen Rechte nicht oder wenig benutzt, und sind dadurch in eine genauere ökonomische Lage gerathen, von der sie sich jetzt durch ihre Gemein-schaftsorganisation zu emanzipiren suchen. Das wird ihnen aller-dings nicht gelingen, aber sie sind nun doch in die allgemeine Arbeiter-bewegung geworfen, die auf dem einen oder anderen Weg zum Ziele führen wird.

Gesundheitspflege den Schwerpunkt nicht in die Gemeinden verlegen können. Bei der körperlichen Gesundheitspflege so wenig als bei der geistigen: der Erziehung. Die Gesamtheit der Staatsbürger, d. h. der Staat hat nicht nur die einschlägigen Besetze zu erlassen, sondern auch über deren Ausführung zu wachen. Damit soll dem Selbstgovernment der Gemeinden keineswegs zu nahe getreten werden. Jadedes alles an seinem Platz. Die Gemeinde wo die Gemeinde hingehört, und der Staat wo der Staat hingehört. Die Gesundheitspflege ist aber Staatsache im eminentesten Sinne des Wortes. Wenn nicht nach einem gemeinsamen Plane verfahren, wenn in dieser Gemeinde so in jener anders vorgegangen wird, so müssen die besten Maßregeln illusorisch werden.

Die menschliche Solidarität, welche uns auf dem Feld der Gesundheitspflege so recht lebhaft und eindringlich veranschaulicht wird, duldet keine räumlichen Schranken; sie drängt uns über die Gemeindegrenzen hinaus in den Staat; und, damit nicht zufrieden, drängt sie uns über die Grenzen des Staats hinaus. Früher lebten die Völker in dem Glauben, durch Absperrung Seuchen von sich abhalten zu können. Die Erfahrung hat diesen Aberglauben zerstört. So wenig eine Gemeinde sich durch Absperrung vor der Seuche, die in der Nachbargemeinde wüthet, bewahren kann, so wenig ein Land durch Absperrung vom Nachbarland. Wie die Gemeinde sich mit der Gemeinde im Staat zusammenzuschließen hat zur Bekämpfung des gemeinsamen Uebels, so Staat mit Staat im internationalen Bund.

Das höchste Ideal der Menschheit ist seiner Verwirklichung zu. Das Interesse, der Selbsterhaltungstrieb arbeiten im Dienste der Humanität, und der vernagelste Philister, dem das internationale Schredgespenst tausendmal eine Gänsehaut verursacht hat, muß sich seiner Angst schämen, wenn er aus dem Munde der Wissenschaft hört:

Keine Gesundheit ohne Völkerverbrüderung.

Noch einmal der Schillerpreis!

Unter dieser Ueberschrift erhalten wir aus Frankfurt a. M. folgende Zuschrift: Sie haben mit dem Artikel: „Wie man unsere großen Dichter ehrt“ ein recht gutes Wort zur rechten Zeit gesprochen und diejenigen werden es Ihnen Dank wissen, welche den Dichter des Ideales hochhalten, welche über eine solche „Verehrung“ empört sind, die dem Andenken unseres Schiller durch die erwähnte Commissionseinteilung zugesagt worden. Gleich Ihnen will ich bei den verschiedenen Mitgliedern der Commission nicht berweilen, obgleich sich fast gegen jeden Einzelnen etwas einwenden ließe — nur im Vorbeigehen sei es gesagt, daß beispielsweise Herr Hermann Grimm, der in seinen jüngst herausgegebenen Vorträgen Schiller fortgesetzt zu Gunsten Goethe's verkleinert, — wohl auch kaum für jenes Ehrenamt berufen scheint — aber Herr Julian Schmidt möge noch ein kräftig Wortlein hören. Er kann es ertragen, hat er doch ein gar dickes Fell, eine zähe Schriftstellerexistenz, und die Keulenschläge, die er vor nun fünfzehn Jahren von Lassalle erhielt, sie sind wirkungslos an ihm abgeprallt. Als ich vor mehreren Jahren das prächtige Buch Lassalle's zum ersten Male las, schien es mir gar nicht denkbar, daß dasselbe eine andere Wirkung haben könne, als die im Schlagwort angedeutete, ich glaube, der darin gerichtete sei nun für alle Zeiten hingerichtet, ihm zur Strafe und Anderen zum warnenden Exempel. Aber wie bald wurde ich enttäuscht, als ich fand, daß Herr Schmidt auch heute noch die Spalten unserer gelesesten Zeitungen unsicher macht, daß er auch heute noch vielfach als wissenschaftliche Autorität gepriesen wird.

Seit jener Bückstigung ist Herr Schmidt übrigens ein kein Haar besser geworden. So hat er sich vor kurzem unterfangen, Ludwig Feuerbach zu „berödeln“, obgleich er, wie ihm Julius Duboc nachgewiesen hat, die Schriften jenes großen Denkers gar nicht gelesen, mindestens aber nicht verstanden hat. Das Buch Lassalle's ist darum auch jetzt noch sehr lesenswerth; was er in der Vorrede von literarischen Cliquen und Coteries sagt, ist ja, wie Jedermann weiß, heute noch viel ärger geworden, besetzt doch eine über ganz Deutschland verzweigte Lobesassessoranzcompagnie. Besonders pikant ist nämlich, daß gerade das dumme freche Zeug, was er über Schiller geschwätzt hat, größtentheils nicht von Lassalle, sondern von Lothar Bucher gegeistelt wurde, der unter der Maske des Scherweibes Herrn Schmidt zerarbeitete.

Der wirkliche geheime Legationstrath Bucher ist aber heute ein gar einflussreicher Mann und es ist nicht gerade notwendig, anzunehmen, daß sein gutes Urtheil über die Literatur ihn ebenso verlassen hat, wie seine frühere politische Gesinnung. Es würde gewiß von Erfolg sein, wenn Herr Bucher seinen Einfluß im Sinne seiner früheren Arbeit auf die Beseitigung

des Herrn Schmidt geltend machen wolle,*) so daß nicht an dem Andenken des Mannes gefündigt werde, welchen die wahrhaft Gebildeten aller Parteien gleich hoch verehren. — Belieben Excellenz sich die Sache zu überlegen! —

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Energische Maßregeln** gegen die Sozialdemokratie, so nennen die Bourgeoisblätter das Beginnen der Fabrikanten und Kapitalisten, wenn dieselben, nicht damit zufrieden, daß ihnen der Leib des Lohnslaven gehört, auch den Geist des Arbeiters in Banden schlagen wollen — energische Maßregeln — wir nennen dieselben: Elende Maßregeln! Man schreibt nämlich vom Rhein aus St. Johann folgendes: „Endlich hat man hier angefangen, gegen die in letzter Zeit immer weiter um sich greifende Agitation der schon mehrgenannten beiden Sozialdemokraten Kautsky und Hadenberger ernstlich so vorzugehen, daß man sich daraus einen Erfolg für Ruhe und Frieden unserer Gegend versprechen darf, die in letzter Zeit durch die uns Unglaubliche grenzende Frechheit dieser Wähler ernstlich gefährdet schienen. Am verwichenen Samstag Abend fand nämlich im Kasino zu Saarbrücken eine große Versammlung von Arbeitgebern der Saargegend statt, in welcher, wie die hiesigen Zeitungen berichten, die gegen ein Umfingreifen der Sozialdemokratie in hiesiger Gegend zu richtenden Schritte eingehend besprochen wurden. Man einigte sich allseitig dahin, keine Arbeiter auf den betreffenden Werken zu dulden, welche sich direkt oder indirekt an sozialdemokratischen Agitationen, Vereinen und Versammlungen, durch Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Blätter, oder durch den Besuch von Wirtschaftshäusern, welche sich zum Auflegen von Zeitungen oder zum Abhalten von Versammlungen dieser verderblichen Richtung hergeben. Wir zweifeln nicht, heißt es in dem betreffenden Bericht, daß es dieser rechtzeitigen und energischen Maßregel gelingen werde, die sozialdemokratische Bewegung von unserer Gegend fern zu halten.“

So! Und diese selbe Gesellschaft kämpft immer gegen den geistigen Anbel an, den Rom der Gesellschaft in den Mund zu stecken bestrebt ist. Gegen obige Maßnahmen sind aber alle geistlichen Bannbullen das reine Kinderspiel! Gegen solche Verdrückung des Geistes hat die liberale Presse kein Wort des Absehens, sie redet derselben gar noch das Wort. Gegen solchen Angriff auf die Vernunft und das Menschenrecht bietet der moderne Staat keinen Schutz, weil er unter der Herrschaft des Kapitals steht. — Nur die Sozialdemokratie hat Achtung vor der freien Geistesentwicklung des Volkes — deshalb gehört ihr auch unfehlbar die Zukunft.

— **Gute Aussichten.** Verschiedene Andeutungen in offiziellen Wochenschriften lassen es als ziemlich sicher erscheinen, daß die Reichsregierung dem Reichstag in nächster Session ein Reichsvereinsgesetz vorlegen wird. Wenn wir bedenken, daß die „Liberalen“ der „Liberalen“, die sogenannte „Fortschrittspartei“, früher einmal dem Reichstag einen Vereinsgesetzentwurf vorgelegt haben, der im Wesentlichen darauf hinauslief, die reaktionären Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes auf ganz Deutschland auszudehnen, so können wir ungefähr ermessen, was uns geboten werden wird.

— **Das die ertappten Spitzhüben** auf der Flucht am lautesten: Haltet den Dieb! brüllen, ist eine bekannte Geschichte. Eine ähnliche Praxis befolgt jetzt die Reptilienpresse, auf deren verbrecherisches Geheke gegen Frankreich das Publikum aufmerksam geworden ist, und die nun aus Leibeskraften schreit: die Ultramontanen hegen zum Krieg mit Frankreich! Der Leser glaubt's nicht? Die ultramontane Presse setzt das wiederholt charakteristische Spiel, zwischen Frankreich und Deutschland zum Krieg zu hegen, mit wachsender Dreistigkeit fort. — Also zu lesen in der „Nationalliberalen Correspondenz“, und abgedruckt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. d. und den meisten anderen Reptilien- und reptilifirten Blättern. Apropos, ob es wohl Ultramontane waren, die der deutsche Kronprinz mit der „abscheulichen Kriegspartei“ gemeint hat? Die berliner Preßbureau werden um Antwort gebeten. —

— **Zur verhängnisvollen Lage der Arbeiter** mögen einige Zahlen aus der Eisenindustrie hier ihre deutliche

*) Der Einsender denkt wohl nicht im Ernst daran, daß Lothar Bucher seinen Einfluß in beregtem Sinne geltend machen würde — derselbe ist ein Bismaradiener und auch wohl ebenso ein Falkdiener geworden.

Verdienst um die Arbeiterbewegung an, zu der Einigung die Initiative ergriffen zu haben.

Die Vereinigung erfolgte auf dem vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha abgehaltenen Congresse, und die Grundprinzipien des durch den Congreß festgestellten Programms sind für alle Zukunft das unlösliche Bindemittel für sämtliche Parteigenossen, welches von keiner Staatsgewalt zerrissen werden kann.

Die Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands war gerade im Jahre 1875 ein erheblich größeres „politisches Ereignis“, wie sie es vordem zu allen Zeiten und unter allen Umständen hätte sein können.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland, gerade so, wie sie sich bis zum Vereinigungs-Congreß in Gotha vollzogen hat, war eine durch die obwaltenden Verhältnisse absolut und unabänderlich gebotene.

Bevor zudem die Grundideen des Sozialismus innerhalb der jungen Partei selbst zum allseitigen Verständniß gelangen konnten, mußte notwendig ein mehr oder weniger lebhafter Meinungsaustrausch zwischen den einzelnen Mitgliedern oder Gruppen der Gesamtpartei stattfinden. Allerdings waren mehr als zehn Jahre dazu notwendig, durch diesen Meinungsaustrausch schließlich eine Verständigung herbeizuführen; allein jener Zeitraum ist keineswegs für die Sozialdemokratie verloren, weil innerhalb desselben alle Kämpfe um Prinzipien- und Organisationsfragen so gründlich durch- und ausgefochten sind, daß in aller Zukunft eine Wiederkehr solcher Kämpfe absolut unmöglich ist. — Die auf dem Congreß im Jahre 1875 zum Abschluß gediehene Verständigung kann niemals wieder gestört werden, weder durch Personen noch durch Ereignisse. — Wer sich unterfangen wollte, an der aus der Vergangenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland heraus erwachsenen neuen Grundlage der Gesamtpartei zu rütteln, der würde als ein Wahnsinniger aus der Partei einfach hinaus geschickt werden.

Die Einigkeit der Sozialdemokratie Deutschlands ist nunmehr eine vollendete. Das hat der diesjährige Congreß zur Evidenz bewiesen.

Sprache reden. Eine von dem Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller veranlaßte Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse der namhaftesten deutschen Eisenwerke auf Aktien nach den Bilanzen der Jahre 1874 bis 76 umfaßt 45 Eisenhüttenwerke mit einem Aktienkapital von 321,796,900 Mark und 50 Eisengießereien mit einem Aktienkapital von 118,202,819 Mark. Nach der letzten Bilanz erzielte ein Theil der ersteren einen Ueberschuß von 3,525,939 Mark, während der Rest mit einer Unterbilanz von 20,266,118 Mark abschloß; bei einem Theil der Anderen ergab sich ein Ueberschuß von 4,589,756 Mark und bei dem Reste eine Unterbilanz von 9,099,568 Mark. Bei einem Gesamtkapital von 439,999,719 Mark, einen Ueberschuß von 8,115,695 Mark, gegenüber einer Unterbilanz von 29,365,684 Mark stellt sich demnach, abgesehen von den Kapitalzinsen, ein Verlust von 21,249,899 Mark heraus. An Arbeitern waren insgesammt beschäftigt im Monat April 1873 95,035, April 1877 dagegen nur 60,623, und während an Bönnen April 1873 insgesammt 7,423,430 Mark verausgabt wurden, gelangten 1877 nur noch 3,855,879 Mark zur Auszahlung. Weniger beschäftigt wurden demnach 34,411 Arbeiter und weniger gezahlt 3,567,551 Mark oder 48 Prozent pro Monat. Auf das Jahr berechnet ergibt sich hiernach ein Minderverdienst für die Arbeiter von 42,810,612 Mark. Und das ist nur ein Beispiel aus einem Arbeitszweige!

— **Gemüthlich.** Caboco und Tumba a Pepe, zwei afrikanische Häuptlinge, lesen wir in dem zu Dresden erscheinenden „Correspondenzblatt der afrikanischen Gesellschaft“ (Nr. 24 vom 15. Mai d. J.), lebten — in offener Feindschaft mit einander. Zu größeren Angriffen kam es übrigens nicht, denn die kämpfenden Parteien begnügten sich, sich gegenseitig in Schach zu halten, die Gewehre in die Luft abzufeuern, kurzum es wurde ein wenig Krieg gespielt. Uebrigens zog der arme Caboco nichtsdestoweniger offenbar den Kürzern. Die Leute Tumba a Pepe's umzingelten gelegentlich den Caboco sammt seinen Leuten, zogen dem „König“ seine Uniform aus und regakirten ihn mit einer tüchtigen Tracht Prügel. Nebstdem mußte er natürlich noch eine Kriegsentgeldigung an Sklaven und Vieh geben. — Ach, wenn die europäischen Häuptlinge doch in ähnlicher Weise Krieg führten, und die Richtigen immer die Prügel bekämen!

— **O welche Lust u. c.** Die deutsche Armee hat im Monat Mai im Ganzen 152 Mann an Todten verloren, darunter 87 an Lungenschwindsucht, 22 an Lungentzündung und einen an der Trichinose. In nicht militärischer Behandlung sind 31 Todesfälle vorgekommen, darunter allein 20 durch Selbstmord. Man sieht, daß die Selbstmorde im Heere fortwährend in Zunahme sind.

— **Zur Schullehrermisere.** Aus Platon in Westpreußen schreibt man: „Obgleich die städtische Behörde schon vor Jahresanfang hat, daß ein unverheirateter Lehrer 900 Mark und der Lehrer mit einer Familie von 5 Personen mindestens 1350 Mark als Gehalt beziehen müßten, ist dennoch in diesen Tagen auf ein hierauf bezügliches Gesuch um Gehaltsaufbesserung folgender Bescheid von der königl. Regierung zu Marienwerder erteilt worden: „Auf das Gesuch vom 29. November um Gehaltsaufbesserung eröffnen wir Ihnen, daß nach den eingezogenen Erfindungen ein Bedürfnis zur Gehaltserhöhung nicht anerkannt werden kann, außerdem aber die dortige Stadt und der Staat keine Mittel disponibel haben, um dem Antrage willfahren zu können.“ — Daß der preussische Staat keine Mittel disponibel hat, um dem Schullehrerstand zu steuern, ist vollständig wahr. Davon sollten denn auch die Krupp'schen Kanonen, die Panzerschiffe, die Festungsbauten, die Kasernenbauten bestritten werden, wenn man den Schullehrern einen einigermaßen auskömmlichen Gehalt gäbe. Es gehört wirklich ein ziemlicher Grad von Dreistigkeit dazu, Erhöhung des Gehalts der Schulmeister zu fordern, bevor nicht der letzte Heller für den Militarismus ausgegeben ist. Das mögen sich die unzufriedenen Schulmeister hübsch merken. Und damit basta!

— **Der bekannte Bischof von Mainz, Emanuel v. Ketteler** ist am 13. d. M. gestorben.

— **Aus der „besseren“ Gesellschaft.** In der Schwurgerichtssaison zu Wiesbaden kamen nicht weniger denn 18 Verbrechen gegen den § 218 des Strafgesetzbuchs (Abtreibung des Ungeborenen) zur Verhandlung. Die Angeklagten sind meist verheiratete Frauen und Wittwen der „besseren Stände“ aus Wiesbaden und Umgebung. — Dies zur gefälligen Notiz für das literarische Gesindel, welches immer von der Unmoralität in den „unteren Schichten“ der Bevölkerung faselt.

Ueber die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in Deutschland

richtet unser alter Parteigenosse Lölke, der vor kurzem seinen 60. Geburtstag feierte, ein längeres beherzigenswerthes Schreiben an die in Dortmund erscheinende „Westfälische Freie Presse“, welches auch für sämtliche Parteigenossen von Interesse ist. Wir bringen deshalb hier den Schluß desselben:

Am 8. Juni 1874 fanden in Berlin massenhafte Haus-suchungen bei Mitgliedern des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ statt, welche die vorläufige und später die definitive Schließung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ für den Bereich des preussischen Staates zur Folge hatten. Das gleiche Schicksal erfuhr die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ und nach und nach mit wenigen Ausnahmen auch sämtliche rein gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter, von welchen vermuthet wurde, daß sie mit der Sozialdemokratie in irgendwelchem Zusammenhange ständen.

Von da ab begann eine „neue Aera“ für die Sozialdemokratie Deutschlands.

Die Reaktion hatte unzweifelhaft vorausgesehen, daß die von selbst veranlaßten und fortwährend in der raffiniertesten Weise beförderten Spaltungen innerhalb der sozialistischen Fraktionen Deutschlands so bedeutend seien, daß an eine Ausöhnung, an ein gemeinsames Wirken derselben nicht gedacht werden könne.

Auch darin hatte die Reaktion sich geirrt. Durch die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (der Verein der Gräfin v. Hapsfeld hatte sich nach Vermeidung des deutsch-französischen Krieges und nach Ablegung eines lächerlichen Votums in Hamburg selbst aufgelöst) wurde es den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unmöglich gemacht, den Mahnruf Lassalle's an der Organisation festzuhalten, noch weiter zu befolgen.

Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, den ernstlichen Versuch zu machen, eine Einigung mit den Mitgliedern der für ganz Preußen ebenfalls aufgelösten „Partei“ auf Grund eines gemeinsamen Programms und einer neuen Organisation herbeizuführen, und mit Stolz rechnen zu können, daß es ein besonderes

bu
zu
De
bre
tete
17
Au
zu
des
Di
mu
trei
Ba
des
Be
erf
800
St
bet
daß
mü
Fä
Be
mit
Ber
brü
wo
laff
unje
und
er d
Ha
jam
Flur
klein
auf
Red
für
er d
Ber
Red
schri
sch
hab
nid
es v
Red
and
Wie
gere
—
Q
nete
Aus
Tra
Nar
auf
lein
wür
ber
best
Ges
lege
bin
sam
Del
nier
auf
Goi
Da
den
Nid
feis
wöl
stol
mä
We
die
jed
vor
die
ma
sen
ger
Zeh
pr
der
sch
gel
sch
Wi
Fa
lit

Zur Verbrecherstatistik. Aus Baden wird geschrieben: In erschreckender Weise nehmen die Verbrechen gegen die Sittlichkeit überhand. Das einzige Schwurgericht Offenburg verhandelte am 19. Juni vier, am 20. einen und am 21. zwei solcher Fälle, die sämtlich mit Verurteilung endeten. Das Schwurgericht in Mannheim urtheilte in 3 Tagen 5 Verbrechen gegen die Sittlichkeit ab. In zweien dieser Fälle richtete sich die Anklage gegen mehrere Teilnehmer, Burschen unter 17 Jahren, die das Verbrechen gemeinschaftlich verübt hatten. Auch hier erfolgte überall Verurteilung. Das Schwurgericht zu Freiburg endlich hatte am 19. Juni 3 Verurtheilungen wegen desselben Verbrechens auszusprechen. — In dem oben genannten Distrikt giebt es wenig Sozialdemokraten; der Nationalliberalismus aber steht dort in hoher Blüthe und Ansehen. Der Vertreter von Offenburg im Reichstag, Herr Kreisgerichtsrath Bär, ist einer der wüthendsten Gegner des Sozialismus — and doch herrscht in jener Gegend solche Unmoralität!

Wir erfahren, daß unser Genosse Lübker in Amerika mit Bezugnahme auf eine Notiz, die vor Jahren im „Volkstaat“ erschienen sein soll, beschuldigt wird, deutschen Gewerkschaften 800 Thaler entnommen zu haben und damit nach den Vereinigten Staaten durchgekommen zu sein. Wir haben vergeblich nach der betreffenden Notiz im „Volkstaat“ gesucht, erinnern uns aber, daß eine solche Beschuldigung gegen Lübker erhoben wurde, die möglicherweise auch in den „Volkstaat“ Eingang gefunden hat. Für alle Fälle geben wir hiermit die Erklärung ab, daß die Beschuldigung eine vollkommen unbegründete war. Red. d. „Vorwärts.“

Parteienoffizier Harry Kaulitz ist am 11. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, auf Grund eines richterlichen Haftbefehls wegen Vergehens gegen §§ 110, 130, 131, 185 und 187 in das Saarbrücker Justizarresthaus als Untersuchungsgefangener überführt worden. Weiterer Bericht folgt.

Halb Scherz, halb Ernst.

Märchen Hirsch kann nun einmal das Lügen nicht lassen!

In Nr. 28 des „Gewerksvereins“ erwähnt derselbe die Schrift unseres Parteienoffiziers Rost: „Die Lösung der sozialen Frage“ und reißt den Lesern einige Citate aus der Broschüre vor, die er dann bekrielt. Darauf redet er weiter:

An der Sache wird dadurch nichts geändert, wenn Herr Hasenclever, in die Enge getrieben, in öffentlicher Versammlung die Zukunftsbilder seines Collegen Rost als eitel Klunkerereien, als Utopien bezeichnet oder wenn ein anderer der kleinen sozialdemokratischen Götter Herrn Rost zuruft (wie dies auf dem Gothaer Congreß geschah): „In manchen Dingen sei Reden Silber, Schweigen Gold.“

Ja, liebes Märchen, müßte es doch heißen, nicht sei — und für Märchen selbst wäre dies Sprichwort Goldes werth, wenn er dasselbe nur beherzigen wollte. Hat er doch in der beregten Versammlung (Disputation zwischen Hasenclever und Löwe) eine Rede gehalten, so einmüthig, so kindlich-naiv, daß alle fortschrittlichen und liberalen Zeitungen dieselbe einfach todtschwiegen, und die Gelehrten des „Kladderadatsch“ beschloßen haben, den Quartaner Carlchen Wiesnied, in Märchen Wiesnied umzutauften, alldieweil das Märchen — und daraus kommt es vielfach an — dem Carlchen im Lügen bedeutend „über“ ist.

Zu den Lügen selbst: Hasenclever hat in seiner ersten Rede in jener Versammlung verschiedene sozialistische Zukunftsausschauungen berührt; er war überhaupt der erste Redner! Wie und von wem, da Niemand ihn interpellirt oder vor ihm geredet hatte, konnte er denn in die Enge getrieben werden? — ganz abgesehen davon, daß der „Eigenlob“ und Poltron Löwe und das Märchen „Wiesnied“ sicherlich nicht die geeigneten Leute dazu sind, irgend Jemanden in die Enge zu treiben. Aus eigenem Antriebe also ist Hasenclever auf die beregte Frage gekommen, bei welcher Gelegenheit er aber weder den Namen des Genossen Rost, noch irgend einen andern Namen, außer den des französischen Sozialisten Fourier genannt, auch keine Broschüre eines Parteienoffiziers erwähnt hat.

Hasenclever sagte nämlich (und wir citiren hier ziemlich wörtlich):

Es kommt oft vor, daß in unserer Partei der Eine oder der Andere sich mit dem Ausmalen der Zukunft beschäftigt und besonders die Frage detaillirt, wie es in einer sozialistischen Gesellschaft aussehen könnte oder würde. Die bei solcher Gelegenheit ausgesprochenen Ansichten können aber nimmermehr bindend für andere Parteienoffiziere sein, weil dieselben sich leicht

Ich habe im Laufe der Zeit mehr als zwanzig Centralversammlungen der Partei beigewohnt, der letzten in Gotha als Delegirter der Sozialisten Dortmunds und Herlohns — aber niemals bin ich von einer derselben mit so frühiger Hoffnung auf die Zukunft zurückgekehrt, als vom diesjährigen Congreß in Gotha.

Die Sozialdemokratie ist die einzige „Partei der Zukunft“. Daran können alle verschlammten „Kutschbäche“ der Welt, an denen die „Hirsche“ etc. etc. vergeblich nach „Wasser“ schreien, — Nichts ändern.

Die Partei ist noch jung, sie hat Zeit und braucht sich in keiner Weise zu übereilen. Im Bewußtsein ihrer durch fortwährende Kämpfe gefühlten Kraft blickt sie siegesgewiß mit stolzer Verachtung auf die gegen sie gerichteten elenden, ohnmächtigen Machinationen ihrer Gegner aller Art.

Muthig und besonnen vorwärts!
Es lebe die Sozialdemokratie!

In Bezug auf die Notiz, die wir über Herrn Stephan's Weisheit in dem Heftchen der letzten Nummer brachten, geht uns die Mitteilung zu, daß die Drieblätter in früherer Zeit in Sachen jedes Jahr einen Dienstrock erhielten, während ihnen jetzt ein solcher von achtzehn zu achtzehn Monaten geliefert wird. Wenn nun die „äußere Kleidung“ der Postunterbeamten lauder sein soll, so muß man denselben auch öfter eine neue Uniform angedeihen lassen — lassen können sie die schlecht besoldeten Beamten keinen Dienstrock. Schlimm genug ist es, daß sie, nachdem der Rock 1 Jahr getragen ist, einige Thaler für „Reparatur“ ausgeben müssen, wenn sie nicht unsauber gehen wollen.

Ein lichter Moment. Einen Leitartikel über den Tourville-Prozeß (Ermordung einer reichen Bourgeoise durch ihren Mann, der sie bloß um ihres Geldes willen geheiratet, und vorher wahrscheinlich die Mutter seiner früheren, ebenfalls um ihres Geldes willen geheirateten, Frau ermordet hatte, gleichfalls um ihres Geldes willen) schließt die Berliner „National-Zeitung“ (Nr. vom 8 Juli) mit den Worten: Wenn die englischen Blätter jetzt bei der Besprechung des Falles nur den Unterschied zwischen dem österreichischen und dem englischen Gerichtsverfahren hervorheben, so übersehen sie ganz und gar

als Utopien später herausstellen können. Fourier's „Detailmalerei“ erlitt einen empfindlichen Stoß durch die Erfindung der Eisenbahnen und des Telegraphen, andere Zukunftsideen können einen ähnlichen Stoß erleiden, wenn es irgend einem Chemiker gelingt, den Stickstoff der Luft zu binden, da dann auf einem Fleden Ackerlandes, auf welchem jetzt 1 Reich sich ernähren kann, deren 50 leben können. Dadurch würde ganz gewiß manche, vom heutigen Standpunkte aus betrachtet, sehr zweckmäßige Anordnung höchst überflüssig werden. Unsere Partei ist aber eine wirklich demokratische, sie läßt deshalb innerhalb der sozialistischen Grundprinzipien die verschiedensten Anschauungen zu, aber auch nur innerhalb dieser Grundprinzipien!

Das waren die Worte Hasenclevers, die Herr Hirsch in so sügnifischer Weise verdreht oder in seinem Blatte verdrehten läßt, um unsere Parteienoffiziere aneinanderzubringen — dieser arme „Geheißel“! Daß ihm das Gelingen aber nicht gelingt, ist wohl selbstverständlich!

Es ist eigentlich überflüssig, daß wir uns noch nach der neuesten „Kutschbachiade“ (Gründung einer deutschen Arbeiterpartei), dieser tragikomischen Posse in Caspel, bei welcher unser Märchen die Hauptrolle spielte und nach der von der gesammten Presse todtschwiegenen Rede, die Märchen in Roabit in der von ihm oben angelegten Versammlung gehalten hat, mit dem Herrn Dr. Max Hirsch, Herausgeber des „Gewerksvereins“, Reichstagsabgeordneter und Anwalt des Verbandes der deutschen Gewerksvereine, noch weiter beschäftigen, doch würden wir dann eine humoristische Figur verlieren — und bei dem sonstigen Ernste unserer Agitation wäre das den Lesern vielleicht unlieb; deshalb werden wir des braven Märchens auch noch in der Zukunft ab und zu Erwähnung thun.

Er wird dann doch nicht von Allen „todtschwiegen“ — der Kerne!

Correspondenzen.

Berlin, 13. Juli. (Studentenversammlung in Sachen Däh-ring's.) „Jetzt sind die Alten jung und die Jungen alt.“ sagte Dr. Johann Jacoby bei seiner 70sten Geburtstagfeier. Wäre es dem Altmeister der Demokratie vergönnt gewesen, der Versammlung im großen Saale des Handwerkervereins (Sophienstraße 15) am vergangenen Donnerstag Abend beizuwohnen, er hätte diese seine Aeußerung sicherlich modifizirt. Nicht gedrängt saßen trotz unerträglicher Hitze die Studierenden hiesiger Hochschulen 4 1/2 Stunden lang im bezeichneten Saale, um gegen das auf der hiesigen „Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität“ wider den Privatdozenten Dr. Däh-ring geübte Reziprocität Protest zu erheben. Auch eine große Anzahl Arbeiter hatte sich eingefunden. Die Versammlung leitete mit vieler Umsicht Herr Viced. Der Referent, Herr Gändler, recapitulirte die ziemlich umfangreiche Däh-ring'sche Remotions-Geschichte und wies nach, daß Däh-ring lediglich die Wahrheit behauptet, und was die Form der Kritik anlangt, so habe Professor Dr. Böllner in Heidelberg in ähnlicher Weise gegen Däh-ring polemisiert. Die Remotions-Affaire Däh-ring's sei schon sehr alten Datums. Die Professortitel nebst einer königlichen Pension habe Däh-ring stolz zurückgewiesen und seine bezahlten Vorlesungen seien weitaus zahlreicher besucht gewesen, als alle diejenigen der ordentlichen Professoren. Schon vor länger als Jahresfrist sei Däh-ring aus dem „Victoria-Bauwerk“, einer sogenannten Berliner Damen-Universität, woselbst Frau Professor Helmholz und Herr Professor Dr. Birchow das große Wort führten, removirt worden. Die inkriminirte Schrift, in welcher sich Helmholz und andere ungenannte Professoren beleidigt fühlten, diene bloß als Vorwand, um den Lehrer, der die Jugend verführe, der gegen die künstlerischen universitären Einrichtungen zu Felde ziehe, zu entfernen. Die reaktionäre, bez. liberale Presse, wie die „Post“, „National“ und „Vossische Zeitung“, unterstütze dies Vorgehen, ja die „Post“ stelle den Herren Professoren Harms und Rommsen selbst die Spalten zu Leitartikeln zur Verfügung. Hr. Rommsen schrieb in Nr. 260 der „Post“ vom 20. Juni d. J.: „Was würde einem Offizier passieren, wenn er in ähnlicher Weise wie Dr. Däh-ring gegen den Corpsgeist verstößen würde?“ (Stürmische, lang andauernde Heiterkeit.) Eugen Däh-ring ist removirt worden, weil er ein anderes soziales Programm als Helmholz habe. (Stürmischer Beifall.) Eugen Däh-ring ist ein Opfer unserer universitären Mißstände. Däh-ring kann mit Giordano Bruno sagen: „Ihr dürft das Urtheil gegen mich mit mehr Furcht sprechen, als ich es empfangen.“ (Stürmischer, lang andauernder Beifall.) — Herr Stud. jur. Max Klingenberg, von den freisinnigen Leipziger Studierenden zu der heutigen Versammlung delegirt, brachte von denselben den besten Gruß und die vollste Uebereinstimmung der Leipziger Studenten mit dem

das ergreifende und culturhistorische Moment des Prozeßes Tourville, der in gewisser Hinsicht die Sitten unseres Jahrhunderts so scharf widerspiegelt, wie der Halsbandprozeß Louis des Kitzbühners.“ Ein wahres Wort — wahrer, als der „National-Zeitung“ klar geworden sein dürfte.

— Lueget, 's send halt Kelle Spitzbuebe. „Eine Anzahl von Reden wurden gehalten, erzählt Ludwig Pfau von der Schlusskneiperlei beim Ulmer Domfest, in welchen sich die Ermüdung nach so viel ausgehaltenen Freuden mehr als billig bemerklich machte. Doch einschädigten einzelne Vorgänge an den Tischen durch ihren weniger offiziösen Humor für die erlittene Redetour. So sah ein längerer alter Herr mit weißen Haaren, ein früherer Minister, neben einem wohlgenährten Kammermied, seinem ehemaligen parlamentarischen Gegner, in brüderlicher Eintracht und freundschaftlichem Zwieselsprach. Freilich war inzwischen der Parlamentarier von der Demokratie zu den „Siegen“ übergegangen. Da erschien ein Bäckerlein, das seinen Abgeordneten in ihm erkannte und ihn liebreich anredete. „Ja Herr!“ — sagte es — meine Stimme bekommen Sie jedesmal. „Da haben wir Ihnen nicht vergessen, daß Sie und damals die 17 Millionen Mehrmehrschädigung vom Halbe schafften, die man nach bezahlter Abblöschung nachträglich von uns haben wollte; dafür werden wir Ihnen ewig dankbar sein.“ — „Da könnt Ihr Euch auch gleich bei meinem Nachbar bedanken.“ sagte der Abgeordnete — „das ist der Herr, welcher die 17 Millionen von der Kammer gefordert hat.“ — „Ja wohl!“ — erwiderte der Minister, während am Tische ein homerisches Gelächter losbrach — „ich bedanke mich dazu.“ Das Bäckerlein, ganz verblüfft über die fröhliche Freundschaft zwischen dem Forderer und dem Verweigerer der 17 Millionen empfahl sich während des Wärmes und ging sich umdrehend Hauptes von dannen. Nach ein paar Schritten drehte es sich jedoch zu seinen Begleitern um und sagte: „Lueget (Seht), 's send halt Kelle Spitzbuebe.“

— Für Bierfreunde. In einem Brief des bekannten Chemikers Ferdinand Diefenbach an die Redaktion der „Neuen Hessischen Volksblätter“ (S. Nr. 83) werden als Bierverfälschungsmitel aufgeführt: Doppeltkohlenjournes Natrien, Salicylsäure (beides zur Wiederherstellung verdorbenen Bieres), Weidenrinde, Aloe, Bitterklee, Strachan, Tollkirschen, Herbizitlose (als Dopfenvergiftung) u. s. w. u. s. w. Als leztes und glorreichstes kommt noch hinzu der „preussische Schnaps“ (Fusel), oder wie der vornehme Freundname lautet: Spirit, der den fehlenden „Geist“ zu ersetzen hat. Mehr kann man wahrhaftig in seinem Glas Bier sich nicht wünschen!

Vorgehen der Versammlung. Herr Klingenberg bemerkte, man habe gesagt, uns, die Leipziger Studenten, gehe die Sache nichts an. Da wir einige Meilen von Berlin entfernt sind, solle es uns also gleichgültig sein, ob die Wissenschaft an der Berliner Universität getrieben werde. Allerdings, die „Post“ bedauere es, daß die Studierenden schon eine eigene Meinung haben, daß sie sich nicht ohne Protesterhebung einen liebgeordneten Lehrer removiren lassen. Die Fortschrittspartei soll Schuld an der Selbstständigkeits-Aeußerung der Studenten haben. Ich möchte den Gelehrten der „Post“ den Rath ertheilen, bei Dr. Däh-ring ein Collegium logioam zu hören, vielleicht würden sie dann zu der Ansicht gelangen: ein ultramontaner Heßkaplan habe die Studenten zum selbstständigen Denken verleitet. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) — Die Herren Meyer (Haasler bei Helmholz), Redlich und Bartels versuchten für Helmholz eine Lange einzulegen. Trotz ihrer oratorischen Gewandtheit fielen sie jedoch gründlich ab. Es gelangte schließlich folgende, von Herrn Gändler proponirte Resolution mit allen gegen etwa 20 Stimmen zur Annahme:

„Die heute im Saale des Handwerkervereins tagende Versammlung von Interessenten für freie Pflege der Wissenschaft erklärt hiermit auf Grund der Artikel 20 und 27 der Verfassung: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ und „Jeder Preuze hat das Recht, in Wort, Schrift und Druck seine Meinung frei zu äußern“, daß sie in der auf Antrag der philosophischen Fakultät zu Berlin erfolgten Remotion des Privatdozenten Dr. Däh-ring eine Verletzung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre erblickt, und spricht ihre entschiedene Mißbilligung über die erfolgte Remotion aus.“

Herr Bellmann geißelte hierauf die künstlerischen Einrichtungen der Universität und bemerkte: Von dem neuen Unterrichtsgeetze müsse man zunächst verlangen, daß die akademische Gerichtsbarkeit und der Studienzwang aufgehoben werde. Möge man die Anforderungen beim Staatsexamen so hoch wie möglich stellen, der Staat werde alsdann um so bessere Beamte haben, aber mache man es nicht zur Bedingung, daß alle Examinanden drei Jahre auf der Universität — nicht studirt, darauf komme es ja gar nicht an — (Heiterkeit), nein, daß sie drei Jahre lang bezahlt haben. Nicht das Studium, sondern die Universitätsbezugsberechtigte zur Examen-Zulassung. Das Abiturienten-Examen könne man machen, ohne das Gymnasium besucht zu haben, diejenigen aber, die das Zeugnis der Reife erlangt, können das Staatsexamen nur dann machen, wenn sie drei Jahre lang unter professorlicher Vormundschaft gestanden haben. Er (Redner) empfehle die Annahme folgender Resolution:

In Betracht, daß 1) die künstlerische Gelehrsamkeit erfahrungsgemäß der freien Wissenschaft feindlich gewesen und bisher eine Unterdrückung der Besseren und Selbstständigen betrieben hat, 2) daß den Studierenden daran gelegen sein muß, von dem Hochemachenden zu rechter Zeit gehörig Kunde zu erhalten und nicht erst nach Menschenaltern von den wirtlichen Größen der Wissenschaft zu erfahren, 3) daß die Absperrung der freien Wissenschaft von Lust und Licht auf den Universitäten auch in politischer und sozialer Hinsicht üble Folgen für das Gemeinwesen hat und die gegenseitige Verständigung der verschiedenen Gesellschaftsklassen durch die Pflege verrotteter Vorurtheile hindert, so beschließen die hier versammelten Studenten und Bürger Berlins die Bildung einer gesellschaftlichen Vereinigung für die Freiheit der Wissenschaft zum Widerstande gegen universitäre künstlerische Verheimlichung und Unterdrückung des für Wissenschaft und Studium Vorzüglichen und Heilsamen, sowie zum Austausch von Kenntnissen und Wahrnehmungen, durch welche die Kritik der universitären Mißstände fortgesetzt und das Studium von seinen Fesseln befreit wird. (Stürmischer Beifall.) — Inzwischen war eine Deputation von der zu gleicher Zeit in der „Bundeshalle“ (Wallnerthenterstraße 15) stattgehabten Volksversammlung, die dasselbe Thema behandelt hatte, erschienen. Die Deputation bestand aus den Herren Frischie, Rost, Heinsch, Greiffenberg und Eds. Mit freudigem Zuruf wurde diese Deputation empfangen und lebhafter Beifall gab sich kund als Frischie die Tribüne betrat, seine Freude über die Versammlung äußerte und die in derselben Angelegenheit in der „Bundeshalle“ gefasste Resolution verlas. Nachdem noch die Herren Goldberg und Kullmann gegen, die Herren Dr. Schlager, Studiosus Wittig (Leipzig) u. A. für die von Herrn Bellmann proponirte Resolution gesprochen, gelangte dieselbe mit allen gegen etwa sechs Stimmen zur Annahme. Danach endete die Versammlung gegen 1 Uhr Nachts. — Zu der zu bilden beschlossenen „freien wissenschaftlichen Vereinigung“ meldeten sich noch an demselben Abend weit über 100 Personen aus allen Ständen als Mitglieder. Weitere Anmeldungen nimmt Herr Candidat phil. Doll, Wöhrerstraße 3, entgegen.

Wannau, 9. Juli. Nachdem unser Parteienoffizier, Premierlieutenant a. D., jetziger Redakteur der „Dressener Volkszeitung“, G. Vollmar, plötzlich die Auszahlung seiner Pension verweigert, und selbst eine Reklamation von Seiten der Kreisstelle ohne weitere Angabe abgewiesen worden war, wobei die defektmäßige Pension plötzlich die Qualifikation einer „Unterstützung“ erfuhr, — wird jetzt erzählt, die gedachte Pension (welche einzulagern Vollmar bereits Anstalten getroffen) werde künftig an dessen jetzigem Aufenthaltsort Dresden ausbezahlt werden. — So hilft man sich heraus.

Wiesbaden. Manchem Leser des „Vorwärts“ wird es von Interesse sein, einmal wieder ein Lebenszeichen von uns zu hören. Bei der letzten Reichstagswahl — ich komme auf die Wahlen zurück, weil Wiesbaden in der statistischen Tafel nicht mit aufgeführt ist — fielen auf Dr. Johann Jacoby circa 400 Stimmen; das ist ein Resultat, wie es mancher Parteienoffizier früher hier wacker gekämpft, nicht erwartet hatte. In drei Jahren soll es aber eine überdoppelte Zahl sein, welche hier die Sozialdemokratie repräsentirt, wozu auch schon die Gründung eines Wahlvereins binnen kurzem in Aussicht steht. — Am 30. Juni fand hier im Admersaale eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt. In derselben referirte Parteienoffizier K. Frohme aus Frankfurt a. M. über das Thema: „Die kapitalistische Produktionsweise und die Stellung des Kleinhandwerkthums.“ Redner verstand es, mit seinen überaus interessanten Ausführungen das Auditorium zu fesseln und zu einem Beifallssturm hinzureizen, der hier bis jetzt zu den Seltenheiten gefaßt hat. Wir können mit Bestimmtheit annehmen, daß Herr Frohme den besten Eindruck wohl auf jeden seiner Zuhörer, mag er Freund oder Feind heißen, gemacht hat, und mancher eine andere Anschauung von unseren Ideen erhalten hat, als bis dahin der Fall war. Die gegnerischen Blätter haben aber kein Sterbenswörtchen über unsere Versammlung gebracht. Läßt sich auch wohl denken warum! Herr Frohme denkt in kurzer Zeit seinen Besuch zu wiederholen, wo er einen Vortrag über „Produktiv-Assoziationen“ halten wird. Eberhardt.

Altenburg, 8. Juli. Nicht durch die und von Herrn Max Wagner zugefügten Bemühungen, sondern durch Wiederherstellung eines größeren Gasthauses unfern der Stadt, sind wir

